

Auszug aus dem Plenarprotokoll der 11. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 19. Januar 2006:

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 15 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Hakki Keskin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN

Abriss des Palastes der Republik stoppen

- zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Anna Lührmann, Volker Beck (Köln), weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

Abrissmoratorium für den Palast der Republik

- Drucksachen 16/98, 16/60, 16/366 -

Berichterstattung:

Abgeordnete Renate Blank

Wolfgang Thierse

Christoph Waitz

Dr. Lukrezia Jochimsen

Grietje Bettin

Über die Beschlussempfehlung werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Wolfgang Börnsen, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wolfgang Börnsen (Bönstrup) (CDU/CSU):

Verehrte Gäste, Freunde und Genossen,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Was? Wer sind Freunde? Wer sind Genossen?)

Ein gutes Haus braucht einen guten Platz. Wir hatten ihn, und taten wie beschlossen. Hier legte Liebknecht einst in heißen Tagen das Fundament für eine bessere Welt. Wir haben darauf gebaut und dürfen sagen: Dies ist ein Baugrund, der uns sicher hält! Frau Präsidentin! Verehrte Kollegen! Mit diesen eben zitierten Sätzen begann vor 32 Jahren der Richtspruch zum Palast der Republik. Er endet beziehungsreich: Denn hinter diesen festen Marmorsteinen, da schlägt das ganze Herz der Republik.

(Beifall des Abg. Jörg Tauss [SPD])

Ein Prachtbau, der den Sieg des Sozialismus dokumentieren sollte, war hier entstanden, ein internationales Prestigeobjekt mit identitätsstiftender Wirkung für die DDR-Bürger. Durch seine

Modernität war es ein Stück gebaute Westsehnsucht. Als Mann vom Bau erlauben Sie mir die Bemerkung: Eine technische Meisterleistung. Aber in seiner damals futuristischen Dimension in Ausmaß und Kanten war hier ein architektonischer Fremdkörper entstanden und er ist es bis heute geblieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es war eine städtebauliche Fehlentscheidung auf der historisch geprägten Spreeinsel. Dieser bewusste Beschluss der SED diente dazu, die Mitte der Stadt, das Zentrum der Republik durch ein Symbol für sich zu sichern. Der Palast wurde Platzhalter für ein Gesellschaftsmodell.

Mit der gezielten Sprengung des Stadtschlusses 1950 hatte man Berlin seiner Mitte beraubt. Ein gewachsenes Ensemble hatte man zerstört. Doch die Vergangenheit lässt sich nicht wegsprengen.

(Beifall des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Bausünden hat es in Berlin und nicht nur hier gegeben, sondern in beiden Teilen, in Ost wie in West.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Doch diese Stadt und ihre Bürger haben besonders in den letzten 16 Jahren auch mit Hilfe des Bundes ein phänomenales Wiederaufbauprogramm umgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der Reichstag, unser Parlament, ist dafür ein Paradebeispiel. Mit Faust und Fingerspitzengefühl ist Deutschlands Hauptstadt zu einer vitalen, attraktiven und in ihren Ecken auch wunderbar schmutzigen europäischen Metropole herangereift.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Klaus Uwe Benneter [SPD])

Einen Bestandsschutz für eine gesichtslose Ruine kann es nicht geben.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben ja keine Ahnung!)

Die hier tagende Volkskammer war ein Scheinparlament. Die Alibi-Abgeordneten haben sanktioniert, was die SED-Führung diktierte. Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl gehörten dazu. Dieser Teil der DDR-Geschichte hat keine Zukunft verdient.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Palast der Republik ist zu einem Ballast für unsere Republik geworden, und zwar bereits viel zu lange. Zweimal hat unser Bundestag das Ende des Palastes beschlossen, wohlüberlegt, begründet und fraktionsübergreifend.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Grundlagen haben sich geändert!)

Wankelmütig zu werden, weil derzeit eine fragwürdige Mehrheit anderer Auffassung ist, wäre verantwortungslos. Nur die Grünen betreiben eine Wendehalspolitik.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir setzen uns mit der Realität auseinander!

Haben Sie schon mal was von der Machbarkeitsstudie gehört?)

Drei Monate Opposition haben genügt, um sechs Jahre Abrissbefürwortung infrage zu stellen.
Welch peinlicher Populismus!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dass zwei PDS-Senatoren in der Palastfrage dem Regierenden Bürgermeister seit Jahren in den Rücken fallen, gehört in die gleiche Kategorie. Der Restpalast muss weg, weil diese Ruine im Herzen Berlins hässlich ist und diese schöne Stadt entstellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Die Brache nach dem Abbau bringt eine Atempause und bietet Zeit, noch manche offenen Fragen zu klären. Mehr bringt sie nicht. Die große leere Grünfläche wird eine ständige Mahnung sein, dem Zentrum Berlins wieder ein Gesicht zu geben. Das Schloss, das hier einst stand, war wegweisender Ausgangspunkt der historischen Bauten in seiner Nachbarschaft. Es sollte wieder das Zentrum des Ensembles und der Schlussstein im Weltkulturerbe der Museumsinsel werden. Doch nicht allein die Fassade ist wichtig. Die Nutzung als Humboldt-Forum wird diese weltweit einmalige Stadtlandschaft von Kunst, Kultur, Wissen und Kommunikation kennzeichnen und ihr Profil geben. Geben wir unserer Hauptstadt mit der heutigen Entscheidung endgültig ihre Mitte wieder! Es ist ein Ort, an dem auch die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit Geschichte geschrieben hat. Ihr mit einem entsprechenden Bau hier ein Denkmal zu setzen, wäre unserer Republik würdig. Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Christoph Waitz, FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Christoph Waitz (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wieder beschäftigt sich der Deutsche Bundestag mit dem Abriss des Palastes der Republik. Wieder geht es um die Frage, wie der Schlossplatz in Berlin künftig gestaltet werden soll. Das ist nicht nur für Berliner eine wichtige Frage. Eigentlich sollte alles klar sein. Der Deutsche Bundestag hat vor zwei Jahren beschlossen, die jetzige Palastruine abreißen zu lassen. Der Abriss ist nicht nur beschlossen, sondern durch den Berliner Senat auch in Auftrag gegeben worden.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vor den Bundestagsberatungen!)

Wie heute in den Berliner Zeitungen zu lesen ist, wird die Baustelle eingerichtet. Wer jetzt noch den Abriss stoppen will, braucht nach Auffassung meiner Fraktion, der liberalen, sehr gute Gründe.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben wir!)

- Das werden wir sehen.

Der Antrag vom Bündnis 90/Die Grünen resultiert aus der Sorge, dass sich die bisherigen Planungen für die Bebauung des Schlossplatzes als Luftschloss erweisen könnten. Diese Planungen und Baumaßnahmen könnten für den Steuerzahler teurer werden als bislang gedacht. Ansatzpunkt dieser weit verbreiteten Sorge ist eine Machbarkeitsstudie aus dem Sommer des vergangenen Jahres, die der Öffentlichkeit bislang nicht vollständig vorliegt.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe sie! Ich kann sie Ihnen gerne geben!)

Es ist schon erstaunlich, wenn jetzt ohne vollständige Kenntnis dieser Machbarkeitsstudie daraus eine "Unmachbarkeitsstudie" für die Öffentlichkeit produziert wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Festzuhalten ist jedoch, dass sich auch bei möglichen Problemen einer künftigen Bebauung - in wessen Verantwortung auch immer - nichts an der Ausgangssituation für die Entscheidung des Bundestages geändert hat.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

Fakt ist nämlich, dass sich Berlin mit dem Palast der Republik an einem zentralen Platz einen außerordentlichen städtebaulichen Missstand leistet.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dort, wo jeden Tag Tausende von Touristen flanieren, steht eine Ruine, deren Anblick und morbider Charme wirklich nicht als tourismusfördernd eingeschätzt werden kann.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch! 650 000 Besucher in den letzten zwei Jahren! - Gegenruf der Abg. Renate Blank [CDU/CSU]: Ach du lieber Gott!)

Anders sieht die Situation für die Fraktion der Linken aus. Frau Jochimsen, Sie haben für Ihre Fraktion festgestellt, dass Sie den Palast der Republik nicht wiederhaben wollen. Ich glaube Ihnen das. Denn gerade der abgerissene Palast der Republik ist für die Linke eine willkommene politische Gelegenheit, sich in den Augen vieler Ostdeutscher wieder in eine Opferrolle zu manövrieren,

(Zuruf von der Linken: Quatsch!)

durch die politisch nutzbare Solidarität geweckt wird, weil durch scheinbar unverständige Politiker der Palast beseitigt wird, mit dem viele Berliner und ostdeutsche Bürger positive Erinnerungen verbinden.

Es lohnt sich aber ein Blick in die Vergangenheit und auf den Vorgängerbau an dieser Stelle: das Stadtschloss. Denn der Abriss des Berliner Stadtschlusses wäre nicht nötig gewesen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Nach Auffassung der Kommunisten sollte vielmehr sprichwörtlich ein fauler Zahn gezogen werden. Der Abriss des Schlosses war ein politisches Symbol für die Überwindung von Feudalherrschaft und Diktatur. Er war ein Zeichen für den ganz bewussten Neuanfang eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden. Der Neubau des Palastes - Herr Börnsen hat in die gleiche Richtung argumentiert - war erst recht ein politisches Zeichen; war doch schon die Benennung des

Gebäudes ein Hinweis auf den Kampf um die internationale Anerkennung der DDR und den Stolz auf die erreichte Gleichbehandlung mit der Bundesrepublik, die Anerkennung eines sozialistischen Staates, der mit der Kontinuität deutscher Geschichte nichts zu tun hatte und den keinerlei Verantwortung traf: keine Verantwortung für die Teilung Polens durch den Hitler-Stalin-Pakt, keine Verantwortung für den Holocaust und keine Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus. Es war eine Verantwortung, die nach sozialistischer Auffassung die DDR nicht treffen konnte, da sich Kommunisten selbst als den eigentlichen Feind und das wichtigste Opfer des Nationalsozialismus verstanden.

Dieser Palast sollte die in Stein und Stahl gegossene Verheißung der Ideale des Kommunismus sein. Hier gab es Einrichtungen und Ausstattungen im Überfluss, die im Rest der Republik Mangelware waren oder gar nicht existierten. Es gab Freizeiteinrichtungen, Konzerte und Diskos und sogar eine zuvorkommende Bedienung in den Gaststätten des Palastes.

(Zuruf von der FDP: So war es!)

Kurz: Es war eine sozialistische Insel der Glückseligkeit, in engen Grenzen natürlich und ohne Reise- und Gedankenfreiheit. Man darf bei aller Emotionalität jedoch nicht vergessen: Hier wurde bis zur Wende durch eine vorbestimmte Auswahl von Delegierten der DDR-Bevölkerung eine Demokratie vorgegaukelt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir wollen, dass statt der Palastruine auf dem Schlossplatz ein Gebäude entsteht, welches die architektonischen Proportionen der Planungen Schinkels wiederherstellt. Wir wollen, dass durch die Integration der Schlossfassade in dieses Gebäude symbolisch deutlich wird, dass dieser deutsche Staat zu seiner geschichtlichen Verantwortung steht, Verantwortung nicht nur für die großen Stunden der deutschen Geschichte, sondern auch für Fehler und Verbrechen, die im Namen Deutschlands begangen wurden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die FDP-Fraktion wird beide Anträge ablehnen. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

Ich bedanke mich für Ihre Geduld, Frau Präsidentin, und bei Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Waitz, für Sie war das die erste Rede in diesem Hohen Hause. Ich gratuliere Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen und wünsche Ihnen persönlich und politisch alles Gute.

(Beifall)

Nächster Redner ist der Kollege Wolfgang Thierse, SPD-Fraktion.

Wolfgang Thierse (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere heutige Debatte hat eine längere Vorgeschichte. Diese beginnt spätestens 1950 mit dem Abriss des Hohenzollernschlosses, um - wie die Absicht der SED-Herrschaft war - ausreichend Platz für Demonstrationen zu haben. Sie ging weiter über Planungen für ein sozialistisches Stadtzentrum und mündete im Bau des Palastes der Republik, der auch - ich bitte, das nicht zu vergessen - eine Kundgebungstribüne für die SED-Herrschaften sein sollte.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Die Debatte wäre zu Ende gewesen, wenn nicht wegen der Asbestverseuchung der Palast bis auf sein Skelett, bis auf einen Hohlkörper, hätte zurückgebaut werden müssen. Erst damit entstand eine offene Situation und damit die drängende Frage: Was machen wir mit der kostbarsten Stelle der Stadt Berlin, ihrem historischen Ursprungsort, was machen wir mit der Schlossinsel?

Der Bund und das Land Berlin haben zur Beantwortung dieser Frage eine internationale Expertenkommission eingesetzt, deren Mitglied ich war. Diese Kommission hat einen Vorschlag gemacht. Dessen wichtigster Aspekt ist eine dominant öffentliche, nicht privatwirtschaftliche Nutzung. Ein Ort für Stadtbürger, für die Bürger des Landes und ihre Gäste sollte entstehen. Diese Nutzung heißt Humboldt-Forum. Die außereuropäischen Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die wissenschafts- und kulturgeschichtliche Sammlung der Humboldt-Universität, die Bestände der Landesbibliothek und eine Agora, ein Platz für öffentliche Veranstaltungen, Begegnungen und Feste, sollten hier vereinigt werden. Der Vorschlag für die bauliche Gestaltung sah einen Neubau in der Kubatur des ehemaligen Schlosses mit drei Barockfassaden und dem wunderbaren Schlüter-Hof vor.

Diesem Vorschlag der internationalen Kommission hat sich der Deutsche Bundestag im Juni 2002 mit sehr großer Mehrheit angeschlossen.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr richtig!)

Im November 2003 hat der Bundestag - wiederum mit großer Mehrheit - diesen Beschluss bestätigt. Ich sehe keinen wirklich überzeugenden Grund, diese Beschlüsse aufzuheben.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Ich sehe keinen überzeugenden Grund, dem Antrag der Linksfraktion zu folgen, den Palast dauerhaft zu erhalten. Ich sehe keinen überzeugenden Grund, dem Antrag der Grünen zu folgen, den Palast noch ein bisschen zu erhalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Anhänger des Palastes und Gegner unserer Beschlüsse hat es in den vergangenen Jahren immer gegeben, so wie jetzt auch. Sie tragen nicht unwichtige Argumente vor, haben verständliche Emotionen. Nostalgie ist nicht des Teufels. Der Palast sei ein Symbol der DDR-Geschichte. Gewiss, er ist es. Er sei ein Objekt ostdeutscher Identität. Für nicht wenige ist das so, für mich nicht. Ich weigere mich, ihn im Nachhinein zum Objekt meiner ostdeutschen Identität machen zu lassen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Wir sollten jedenfalls in beiden Fällen ideologisch abrüsten.

Neuerlich heißt es, der Palast sei eine interessante Location, gerade als skelettierter Hohlkörper sei er interessant für Kunstaktivitäten. Ja, wer wird das bestreiten? Aber soll das ein ernsthaftes Argument sein, daraus einen Dauerzustand im Zentrum der Stadt zu machen, an ihrer empfindsamsten Stelle?

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ganze sei nicht finanziert und nicht finanzierbar, heißt es.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt ja auch!)

Als müsste die Finanzierung des Palastes und seiner Nutzung nicht auch geregelt werden!

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist wesentlich günstiger!)

Nun liegt genau zu dieser Frage eine Machbarkeitsstudie vor. Deren Ergebnisse stehen nicht im Widerspruch zu den Bundestagsbeschlüssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Ergebnisse der Studie besagen, dass die Realisierung des Humboldt-Forums in der Gebäudekubatur des Schlosses möglich ist.

(Anna Lührmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für 1,2 Milliarden!)

Der Vorschlag heißt: Das soll ein Projekt öffentlich-privater Partnerschaft werden.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Auch richtig!)

Die Baukosten werden auf 670 Millionen Euro veranschlagt. Es kommen Finanzierungskosten hinzu. Pro Jahr würde der öffentliche Haushalt mit circa 30 Millionen Euro auf 30 Jahre hin belastet. Die Gutachter schlagen einen zweistufigen Investorenwettbewerb und einen internationalen Architektenwettbewerb vor. Zu deren Vorbereitung werden gegenwärtig die detaillierten Raumprogramme unter maßgeblicher Mitwirkung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz erarbeitet. Die Arbeit, die Planungen und die Entscheidungen können also und sie müssen weitergehen. Es soll kein Gras über das Ganze wachsen. Ich bin kein Anhänger der grünen Wiese. Ich will keine Pause, keinen Stillstand bei diesem großen Projekt im Zentrum unserer Hauptstadt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Mit dem Beginn des Palastrückbaus aber kann der Blick nach vorn gerichtet werden, können ideologisierte und emotionalisierte Konfrontationen überwunden werden. Das wünsche ich mir jedenfalls, das hoffe ich. Denn worum geht es? Nicht um das alte Schloss, wie polemisch-verzerrend immer wieder behauptet wird, sondern um einen Neubau, der zugleich Geschichte vergegenwärtigt und der eine faszinierende Perspektive ermöglicht. Das Humboldt-Forum im Herzen Berlins ist ein verheißungsvolles Projekt.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Wofür steht es? Der europäischen Kultur, die auf der Museumsinsel versammelt ist und die zu präsentieren die Idee dieser Museumsinsel gewesen ist, sollen künftig die nicht europäischen

Kulturen unmittelbar begegnen, nicht als Folklore, sondern weg von der ehemals kolonialistischen Perspektive als Dialog der Kulturen, als Dialog der Künste. Das ist das wirklich moderne Projekt, um das es geht.

(Zuruf von der CDU/CSU: Genau richtig!)

So etwas gibt es nirgendwo auf der Welt. So entsteht eine der faszinierendsten Museumslandschaften überhaupt in der Mitte der deutschen Hauptstadt. Das ist nicht Vergangenheitsfixierung, sondern Zukunftsorientierung, einer globalisierten Welt wahrlich angemessen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

In einem Bau, der an Geschichte erinnern soll, soll zugleich ein Projekt der Zukunftsorientierung entstehen. Darum geht es und dafür bitte ich um Ihre Unterstützung. Deshalb sollten Sie der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen. Richten wir den Blick endlich nach vorne!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Gregor Gysi, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Geschichte der Auseinandersetzungen über den Palast der Republik ist hier beschrieben worden. Bei den Reden von Herrn Börnsen und Herrn Waitz ist mir aufgefallen, dass man immer wieder versucht, Politik über Gebäude zu machen. Das ist etwas, was ich am allerwenigsten verstehe.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wer hat denn das getan? - Zuruf von der CDU/ CSU: Wer hat denn den Antrag gestellt?)

- Das will ich Ihnen gerade sagen. So bekloppt bin ich nicht.

Ich will Sie daran erinnern, dass die SED-Führung das Stadtschloss loswerden wollte. Natürlich konnte sie sagen: Es wurde durch den Krieg zerstört. Aber man hätte es auch wieder aufbauen können. Aus ideologischen Gründen hat man es nicht getan.

Sie machen nichts anderes. Es fällt Ihnen nicht einmal auf.

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Sie haben überhaupt nicht zugehört! Sie sind ideologisch verblendet! Nicht einmal zugehört!)

Ich wiederhole: Sie machen nichts anderes. Herr Börnsen, Sie haben hier eine lange ideologische Begründung geliefert, weshalb Sie den Palast der Republik loswerden wollen. Verstehen Sie: Das ist dieselbe Denkweise.

(Zurufe von der LINKEN: Richtig! - Genau!)

Jetzt schildere ich Ihnen Folgendes: Anfangs hatte ich zu diesem Palast keine rechte Beziehung.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das Unschuldslamm steht am Pult! Herr Gysi!)

Aber ich habe dann festgestellt: Die jüngere Generation hat da viel Zeit verbracht.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/ CSU - Zuruf von der FDP: Sie waren doch auch einmal jung!)

- Es tut mir Leid: Das stimmt. Wenn Sie das nicht wahrhaben wollen, dann ist das Ihr Problem. Schauen Sie sich einmal die Umfrage an: Eine Mehrheit im Osten will im Augenblick diesen Palast erhalten. Dass Sie die Wahrheit nicht zur Kenntnis nehmen, ist etwas anderes. Lassen Sie mich trotzdem ausreden!

Immer mehr Vertreter der jüngeren Generation teilten mir mit, dass sie dort in der Disko, im Café oder im Theater waren und dass sie wollen, dass der Palast irgendwie erhalten bleibt.

(Unruhe bei der CDU/CSU)

- Hören Sie zu! - Dann habe ich mich für die Erhaltung eingesetzt. Ich stand zum Beispiel auf dem Dach des Gebäudes und habe alles mögliche gemacht. Dann kam irgendwann der Berlinwahlkampf und ich habe mit denjenigen Leuten gesprochen, die den Wiederaufbau des Stadtschlusses wollten, einen Verein gebildet haben etc.

Übrigens, man kann auch über das Gebäude Stadtschloss Negatives sagen. Was soll das? Es war weder wie Versailles noch wie Sanssouci. Auch das muss man einmal deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Aber davon abgesehen: Ich habe auch den Wunsch derer verstanden, die den Wiederaufbau des Stadtschlusses wollten. Verstehen Sie! Da hat in mir eine Entwicklung stattgefunden, die Sie noch nicht vollzogen haben.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

- Ja. Sie wissen ja gar nicht, welche. -

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Darauf können wir gut verzichten!)

Ich habe gesagt: Vielleicht müssen wir in diesem Fall darauf verzichten, Sieger und Verlierer zu kreieren; vielleicht müssen wir einen anderen Weg gehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Damals haben wir die Idee entwickelt, einerseits den vorhandenen Kern zu erhalten und andererseits den Palast nicht wieder einfach aufzubauen, sondern etwas wieder aufzubauen, was Elemente des Schlusses integriert, sodass wir uns zu beiden Teilen der Geschichte bekennen, und das, nachdem wir vorher die öffentliche, gemeinnützige Nutzung dieses Gebäudes in der Hauptstadt Deutschlands festgelegt haben.

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Ist das jetzt der Rückzug auf Raten?)

Was ist daran so schlimm?

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wollen Sie diese Scheußlichkeit bewahren?)

Warum müssen Sie unbedingt eine große Gruppe von Verlierern kreieren, um sich selbst vorübergehend als Sieger zu fühlen? Das ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei der LINKEN - Widerspruch bei der FDP)

So kommen wir nicht weiter. Das ist der Punkt, den ich kritisiere.

Es ginge anders; es ginge vernünftiger. Verstehen Sie! Als ich das gesagt habe, waren zuerst auch die Palastanhänger sauer. Aber sie haben sich dann damit auseinander gesetzt und haben gesagt: Irgendetwas ist dran. Vielleicht müssen wir hier in Berlin und nicht nur in Berlin diesbezüglich zueinander finden.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das steht aber nicht im Antrag!)

Ich will nicht die Kostengründe ansprechen. Ich stelle nur fest: Erst war nur von Grundstücken die Rede; jetzt lese ich etwas von 1,2 Milliarden Euro. Es wird eben alles immer teurer. Ich will das aber gar nicht so billig machen. Es wäre jetzt gar nicht der richtige Zeitpunkt, ausschließlich in diese Richtung zu argumentieren.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das steht auch nicht im Antrag!)

Die Erfahrungen besagen natürlich: Berlin ist pleite; der Bund ist pleite; Geld haben wir nicht. Dieses große Problem kommt noch hinzu.

(Zuruf von der FDP)

- Nein, es ist umgekehrt. Wir werden zuständig, weil die Stadt so pleite ist, dass nichts anderes übrig blieb. Das ist die Wahrheit, nachdem eine große Koalition diese Stadt ruiniert hatte.

(Beifall bei der LINKEN - Widerspruch bei der FDP)

Ich sage Ihnen: Ich glaube, es war ein Fehler, Sieger und Verlierer kreieren zu wollen. Heute ist darüber berichtet worden, dass es falsch war, die Fusion von Eon und Ruhrgas zu genehmigen.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das ist doch völlig am Thema vorbei!)

Der Bundestag hat noch die Chance, seinen Beschluss zu revidieren. Noch besteht die Möglichkeit, zu sagen: Wir machen es anders, wir nehmen einfach alle mit, wir verlangen von jedem eine Art Kompromissbereitschaft und wir machen etwas, was ins 21. Jahrhundert gehört, etwas, was mit der Zukunft dieser Gesellschaft und dieses Landes wirklich zu tun hat; wir bekennen uns damit zu dem einen Stück Vergangenheit Schloss und zu dem anderen Stück Vergangenheit Palast und machen dennoch etwas völlig Neues, etwas anderes, etwas Gemeinnütziges und etwas Öffentliches daraus. Haben Sie doch einmal die Kraft, darauf zu verzichten, Sieger und Verlierer zu kreieren!

(Beifall bei der LINKEN - Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Aber das ist doch nicht der Antrag!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Kollegin Anna Lührmann, Bünd-nis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anna Lührmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen heute doch nicht über die Frage ab, ob wir ein Schloss wollen oder ob wir den Palast behalten wollen. Das ist heute doch gar nicht das Thema.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Heute geht es vielmehr darum,

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Über die Glaubwürdigkeit der Grünen zu reden!)

ob wir im Herzen Berlins eine Brache, eine Grünfläche haben wollen oder ob wir weiterhin den Rohbau des Palastes der Republik kulturell zwischennutzen wollen. Das ist die Frage, über die wir heute abstimmen. Darüber sollten wir jetzt auch reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Thierse, die Grundlagen, auf denen der Bundestagsbeschluss von 2002 beruht, haben sich sehr wohl geändert. Nach Auffassung des Großteils der Mitglieder der Expertenkommission, auf die Sie sich eben berufen haben und auf die sich auch der Beschluss berufen hat, kommt die Machbarkeitsstudie zu dem Ergebnis, dass bestimmte Teile, wie sie damals vorgeschlagen worden sind, jetzt nicht realisierbar sind. Deshalb spricht sich ein Großteil der Expertenkommission jetzt für ein Moratorium aus. Dem sollten wir uns hier heute anschließen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle Experten gehen heute von Kosten für die öffentliche Hand von bis zu 1,2 Milliarden Euro aus. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich frage Sie: Glauben Sie wirklich ernsthaft daran, dass das hoch verschuldete Land Berlin oder der Bund in naher Zukunft eine solch enorme Summe für den Aufbau des Schlosses ausgeben wird? Ich glaube das nicht. Deshalb ist ein Moratorium der richtige Weg.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Kraftvoll! Sehr kraftvoll!)

Sie, Herr Thierse, und auch Sie, Herr Börnßen, sprechen hier von Luftschlössern. Sie haben keinerlei konkret realisierbare Pläne dafür anzubieten, was mit dem Schlossplatz passieren soll.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur Luft hat der! - Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Gucken Sie mal auf das Expertenurteil!)

Ich wette mit Ihnen, Herr Börnßen: Wenn ich so alt bin wie Sie, werde ich noch nicht erlebt haben, dass der Grundstein für dieses Schloss liegt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN - Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ach du lieber Gott! - Wolfgang Thierse [SPD]: Ich wette um einen Kasten Champagner! - Gegenruf des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ich mache mit! Ich will auch Champagner haben!)

- Ich wette auch gern mit Ihnen, Herr Thierse. Wir werden dann zu gegebener Zeit darüber diskutieren.

Sie fragen sich vielleicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum ich als junge Hessin,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Sie sehen heute ganz schön alt aus!)

die sechs Jahre alt war, als die Mauer gefallen ist, zum Thema "Palast der Republik" spreche.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ich finde, dass Sie heute sehr alt aussehen!)

Ich kann Ihnen hierzu ernsthaft sagen: Mit dem alten Palast der Republik habe ich nicht so wahnsinnig viel zu tun. Nur eine kurze Anmerkung: Gerade in meiner Generation gibt es viele Menschen, die wollen, dass wir die Geschichte eben nicht auf dem Schrotthaufen entsorgen, sondern uns damit auseinandersetzen.

(Zuruf von der FDP: Deswegen wollen wir das Schloss haben!)

Das ist sehr wichtig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die Vergangenheit - das sage ich auch an die Adresse von Herrn Gysi - ist noch einmal ein anderes Thema. Mir geht es heute um die Gegenwart und um die Zukunft.

(Monika Griefahn [SPD]: Das hat Herr Thierse dargestellt!)

Ich war im August zufällig im Volkspalast. Ich war von den Möglichkeiten, die selbst eine solch unrenovierte Ruine für die Kultur bietet, sehr beeindruckt.

(Wolfgang Börnßen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das hat aber nichts damit zu tun, dass die Ruine weg muss!)

Genauso beeindruckt wie ich waren über eine halbe Million Besucherinnen und Besucher sowie die Feuilletons großer Zeitungen, von der "New York Times" über die "FAZ" bis zur "taz", also wirklich keine linksradikalen Zeitungen. Diese Kultur sollte man aufrechterhalten. Gerade diese lebendigen Ausstellungen lassen sich mit einem sehr geringen Zuschuss aus Steuermitteln realisieren. Damit ist ein zweiter Grund dafür genannt, dass ich hier stehe. Ich stehe hier als Haushälterin meiner Fraktion. Für mich als Haushälterin ist die Frage: Warum sollten wir diesen einzigartigen Palast der Kultur,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ach du lieber Gott! Diese Schrottschüssel einzigartig? -

Renate Blank [CDU/CSU]: Das ist eine Ruine!)

der finanzierbar ist, einem nicht finanzierbaren Konzept für ein Luftschloss opfern?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN - Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Geschichtslos!)

Mir geht es darum, hier ein gutes kulturelles Angebot für die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, aber gerade auch für die Touristen aufrechtzuerhalten. Deshalb finde ich es sehr wichtig, dass wir mit der Zwischennutzung weitermachen können und dann in Ruhe darüber nachdenken, wie wir den Rohbau sinnvoll in ein zukünftiges Gebäude integrieren können. Ich will dazu noch anmerken: Der Rohbau ist ja nicht

nichts wert. Die Stahlträger, die da stehen, haben noch einen Wert von über 100 Millionen Euro. Den Rohbau zu integrieren, das ist ein Konzept, das funktionieren würde, das ist ein Konzept, das umsetzbar ist - im Gegensatz zu dem Luftschloss, das Sie vorschlagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Schluss zusammenfassen, worum es heute geht, zumal jetzt einige Kolleginnen und Kollegen, die nicht die gesamte Debatte verfolgen konnten, dazugestoßen sind. Wir haben heute in dieser Abstimmung die Wahl zwischen einem Luftschloss, also einer leeren Grünfläche im Herzen Berlins, und einem lebendigen Kulturpalast für Kunst und Wissenschaft. Darüber stimmen wir heute ab. Daher bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag heute zu, liebe Kolleginnen und Kollegen, und lehnen Sie die Beschlussempfehlung des Kulturausschusses ab. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort zu einer Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Pflüger.

(Zurufe von der FDP und vom BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Oh!)

Dr. Friedbert Pflüger (CDU/CSU):

Ich freue mich über die Reaktionen. - Ich finde, dass eine Bemerkung von Herrn Gysi hier nicht unwidersprochen stehen bleiben sollte, nämlich dass die Frage des Abrisses eine Frage von Gewinnern und Verlierern sei.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Kollege Gysi, wenn Sie das den Leuten nicht einreden, gewinnen alle, wenn wir das Schloss wieder aufbauen. Denn eine Stadt, die sich zu ihrer Geschichte bekennt, ist eine gute Stadt. Das hat nichts mit Gewinnern und Verlierern zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD - Widerspruch bei der LINKEN)

Ich glaube, Herr Kollege Gysi, dass es für jede Stadt wichtig ist, dass sie sich zu ihrer Geschichte, in diesem Fall zur brandenburgisch-preußischen Geschichte, bekennt, dass sie aber die Vergangenheit und die Moderne zusammenführt. Mit dem Humboldt-Forum, mit der Agora als einem Ort des geistigen Austausches tun wir beides. Auf der Geschichte bauen wir die Zukunft auf. Das ist gut für die Stadt. Deshalb stimmen Sie bitte anders ab, als Sie es hier angekündigt haben! Nehmen Sie zur Kenntnis, was, glaube ich, auch die große Mehrheit der Berliner in dieser Frage will!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der letzte Punkt, Herr Kollege Gysi. Ich glaube in der Tat nicht, dass die Aussage richtig ist, dass der Palast der Republik zur Identität der Deutschen gehöre. Sie haben das zwar nicht gesagt; aber

man hört es immer wieder. Ich glaube, dass der Palast der Republik für SED-Diktatur steht. Ein Bauwerk, das Diktatur symbolisiert, gehört nicht zur Identität der Deutschen. Es hat weder mit der Identität der Deutschen noch mit einer demokratischen Geschichte und Zukunft zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Gysi, Sie können antworten.

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Kollege Pflüger, Annahme der Geschichte bedeutet immer Annahme der gesamten Geschichte.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie bedeutet nicht, dass man sich immer jene Teile aussucht, mit denen man gerade meint umgehen zu können. Deshalb war es damals ein großer Fehler, das Schloss zu sprengen. Aber es ist auch ein großer Fehler, wenn gesagt wird: Weg mit dem Palast! Erst das Außenministerium, dann der Palast. Was machen Sie überhaupt mit dem Staatsratsgebäude? Was soll aus dem Mittelteil werden? Soll das dann rübertransportiert werden?

Ich will gar nicht auf die offenen Fragen eingehen, sondern Ihnen zwei Dinge sagen. Ich habe von der jüngeren Generation gesprochen; da haben Sie nur gelacht. Ich habe aber erlebt, dass andere Menschen andere Vorstellungen mit dem Gebäude verbunden haben als ich. Jetzt gibt es eine neue, gesamtdeutsche, junge, künstlerische Generation, die dort etwas veranstaltet, die das gerne macht. Sie hat dieses Gebäude für sich angenommen. Darüber können wir Ältere uns nicht einfach hinwegsetzen, indem wir so tun, als wüssten wir immer alles besser, und den Jungen alles vorschreiben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das eine. Ich glaube, wenn wir fähig werden, in Kompromissen zu denken - wenn wir das Gebäude stehen lassen, aber auch etwas anbauen, was uns an das Schloss erinnert, was uns an alle Teile der deutschen Geschichte erinnert, und wenn wir etwas für die Zukunft machen -, dann haben wir eine Zukunft. Wenn wir immer sagen, das eine muss weg und etwas Älteres muss wieder hin, dann gibt es doch Gewinner und Verlierer. Das ist meine Sorge.

Ich habe dazugelernt. Ich war anfangs einer von denen, die gesagt haben, der Palast müsse so bleiben. Als ich aber im Berliner Wahlkampf mit vielen gesprochen habe, die das Schloss wollten, wurde mir klar, dass ich es mir zu einfach gemacht hatte. Ich musste hier einen anderen Weg gehen. Ich ärgere mich darüber, dass die Mehrheit des Bundestages den Weg, hier etwas Gesamtdeutsches zu machen, noch nicht vollzogen hat.

Gebäude - es tut mir Leid - sind nicht ideologisch. Wir haben aus noch viel schlimmerer Zeit Gebäude, die wir nicht deshalb abreißen werden, weil da ganz falsche Leute Mist erzählt haben.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)
Politikerinnen und Politiker, die auch noch Architekten sein wollen, sind die Letzten. Das sollten wir den Architekten überlassen. Da wäre ich für eine schöne Ausschreibung, die wir sogar zusammen formulieren könnten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Renate Blank. - Vielleicht schaffen wir es, in diesen letzten vier Minuten noch zuzuhören.

Renate Blank (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Gysi, Sie haben in Ihrer Rede - ich nehme jetzt nicht Bezug auf Ihre Kurzintervention - kein Wort zu Ihrem Antrag gesagt. Ziehen Sie Ihren Antrag also zurück? Stimmen Sie nun für oder gegen einen Abriss der Ruine? Diese Frage müssen Sie noch beantworten, nachdem Sie mit keinem Wort darauf eingegangen sind.

Kollege Gysi, Sie unterstellen uns, Politik über dieses Gebäude zu machen. Sie vergessen dabei, dass in diesem Gebäude eine Politik betrieben wurde, die Menschen sozusagen kaputtgemacht hat; denn dort gab es die größte Abhör- und Bespitzelungsmaschinerie der DDR. Es gibt in diesem Zusammenhang weder Sieger noch Verlierer. Die Linke stellt sich halt gern als Verlierer dar, um Mitleid zu erregen. Aber nicht mit uns!

Sie sagen, dass das Schloss 1950 bedauerlicherweise abgerissen wurde. Kollege Gysi, vielleicht erinnern Sie sich daran, dass Honecker im Jahre 1988 sagte, es sei ein Fehler gewesen, dieses Schloss abzureißen. Er sagte dies aber erst, nachdem er von Auslandsreisen zurückkehrte - von Paris oder England -, auf denen er festgestellt hatte, von welchem Vorteil es ist, wenn man repräsentative Gebäude hat. Der Abriss des Schlosses lässt sich nicht mehr korrigieren. Aber der Palast muss weg.

An die Adresse der Grünen muss ich sagen, dass mich Ihr Sinneswandel schon wundert. All die Jahre waren Sie anderer Meinung. Jetzt plötzlich führen Sie das Argument an, der Abriss und der Wiederaufbau kosteten zu viel Geld. Darauf kann ich Ihnen nur sagen, dass wir in diesem Hause viel Geld für andere Dinge bereitstellen. Daher sollte auch Geld vorhanden sein, um Berlins Mitte wieder zu einer ansehnlichen Stätte zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Auch eine zwischenzeitlich entstehende Grünfläche wäre kein Problem; denn sie würde der Erholung dienen. Im Grunde genommen sind wir mit dem Abriss in Verzug. Hätte es keine Verfahrensfehler gegeben, müssten wir heute nicht mehr diskutieren und der Abriss wäre schon längst erfolgt. Sie hätten dann auch nicht 200 versprengte Demonstrierende vor der Ruine des Palastes der Republik mobilisieren müssen.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können nicht zählen!)

Man hat versucht, den Palast als Kultstätte hochzustilisieren. Der Versuch ist zwar legitim. Aber die Gelder, die dort für Kulturveranstaltungen ausgegeben wurden, sind alle dem Hauptstadtkulturfonds, der aus Bundesmitteln gespeist ist, entnommen worden.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: So ist es!)

Die Kulturveranstaltungen hätten genauso gut woanders stattfinden können.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Genau!)

Sie wollen uns jetzt weismachen, dass diese Ruine symbolträchtig ist. Wir sind der Meinung, dass dies keineswegs der Fall ist. Im Gegenteil: Durch die Palastruine als Solitärbau wird dem historischen Ensemble ein schwerer Schaden zugefügt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Würde der Palast erhalten bzw. wieder aufgebaut werden, wäre das Zentrum der Stadt endgültig deformiert und zusammenhanglos. Wir brauchen an dieser Stelle also dringend einen Wiederaufbau. Ich gehe davon aus, dass die Brachfläche Anlass gibt, auch über private Finanzierungen nachzudenken. Wir müssen uns auch mit der Machbarkeitsstudie intensiv auseinandersetzen. Man kann in diesem Zusammenhang darüber diskutieren, wie die Nutzung ausschauen sollte. Auf jeden Fall sollte die Kubatur des Schlosses - das ist schon ausführlich beschrieben worden - wieder aufgebaut werden. Es ist schon sehr verwunderlich, verehrte Kollegin aus Hessen, dass sich Westler plötzlich für diese Palastruine so stark machen und sie als geschichtsträchtige und wertvolle Architektur bezeichnen.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Hässlich ist sie!)

Das ist aber nicht der Fall. Es handelt sich um eine hässliche Ruine,

(Beifall des Abg. Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU] sowie des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

die ganz schnell abgerissen werden muss. Aus meiner Sicht beginnt mit dem Abriss der Palastruine die Zukunft der Mitte Berlins. Ich glaube, dass es Ende dieses Monats oder Anfang nächsten Monats endlich so weit sein wird.

(Beifall des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Dann diskutieren wir über die Neunutzung und nicht mehr über einen Abriss.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort zu einer Kurzintervention gebe ich dem Kollegen Gregor Gysi.

(Widerspruch bei der SPD)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Es sind doch bloß wenige Sätzchen; das halten Sie doch noch aus.

Selbstverständlich kenne ich unseren Antrag. Sie haben mich missverstanden, Frau Kollegin Blank. Ich möchte, dass wir den Rohbau erhalten und mit Elementen des Schlosses komplettieren, um die Geschichte insgesamt darzustellen. Ein Zweites wollte ich Ihnen sagen: Es wurde immer von irgendwelchen Nostalgikern gesprochen. Günter Grass und Dario Fo sind gegen einen Abriss. Sie selbst haben von Künstlerinnen und Künstlern sowie Schriftstellerinnen und Schriftstellern gesprochen, die sich inzwischen gegen einen Abriss einsetzen. Das alles wird mehr oder weniger negiert. Ein einziges und letztes Beispiel: Der Bundestagspräsident kommt, glaube ich, aus Ihrer Fraktion. Er hat am 27. August 2005 in einem Interview in der "Berliner Zeitung" erklärt: In Deutschland krachen die Sozialsysteme, die Maastricht-Kriterien werden gebrochen, die Bildungssysteme müssen umstrukturiert werden - in so einer Situation setzt das Land Zeichen mit einer nostalgischen Fassade für 900 Millionen Euro. Inzwischen sind wir bei 1,2 Milliarden Euro. Ich finde, wenn er Recht hat, hat er Recht. Wir sollten wirklich noch einmal darüber nachdenken, ob wir nicht eine gemeinsame Lösung finden - ich bleibe dabei -, statt zu sagen: Irgendeiner muss gewinnen. Der Abriss erfolgt kurz und schnell und ist falsch und nicht reparabel.
(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Kollegin Blank, bitte.

Renate Blank (CDU/CSU):

Kollege Gysi, auch wenn Sie es zum dritten, fünften oder zehnten Mal sagen: Ihre Aussage wird dadurch nicht besser.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich sage Ihnen zudem: Wir brauchen dort - deswegen der Hinweis auf die spätere Nutzung - auch privates Kapital; das wollen wir gewinnen. Wir brauchen in diesem Bereich bürgerschaftliches Engagement. Kollege Gysi, mir ist klar, dass Sie sich in der Opposition gern als Opferlamm darstellen. Aber das wird Ihnen in diesem Fall nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Wir kommen zur Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien auf Drucksache 16/366. Zu dieser Abstimmung liegen mir Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung vor, und zwar von Swen Schulz (Spandau), Jörg-Otto Spiller, Detlef Dzembitzki, Klaus Uwe Benneter, Petra Merkel (Berlin), Dr. Ditmar Staffelt, Gunter Weißgerber, Mechthild Rawert, Lothar Mark, Rainer Fornahl, Katrin Göring-Eckardt und Anja Hajduk.¹

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung die Ablehnung des Antrags der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/98 mit dem Titel "Abriss des Palastes der

Republik stoppen". Unter Buchstabe a seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/60 mit dem Titel "Abrissmoratorium für den Palast der Republik".

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist vereinbart, dass über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kultur und Medien zu den beiden genannten Anträgen in einer namentlichen Abstimmung abgestimmt wird. Wer die Anträge ablehnt, muss also mit Ja für die Beschlussempfehlung des Ausschusses stimmen.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind die Plätze an den Urnen besetzt? Auch an der hinteren Urne? - Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.² Wir setzen unsere Beratungen fort.

Anlage 2

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Jörg-Otto Spiller, Lothar Mark und Detlef Dzembitzki (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Anträge:

- Abriss des Palastes der Republik stoppen
- Abrissmoratorium für den Palast der Republik

(Tagesordnungspunkt 15)

Der Deutsche Bundestag hat sich in den vergangenen Jahren mit der Thematik befasst und mit breiter Mehrheit beschlossen, dass das Berliner Stadtschloss wiedererrichtet und als Humboldt-Forum genutzt werden soll. Wir unterstützen dieses Anliegen. Es ist jedoch unsicher, ob es sich tatsächlich realisieren lässt und ob auf der Basis der bisherigen Planungen in absehbarer Zeit und zu vertretbaren Kosten das Humboldt-Forum mit der vorgesehenen öffentlichen Nutzung entstehen kann. Es darf jedoch weder ein überwiegend kommerziell genutzter Bau an dieser Stelle entstehen, noch wäre eine Grünfläche auf Dauer akzeptabel. Wir stimmen darum den Forderungen des Antrages auf Drucksache 16/60 zu. Mit dem Ziel der Einrichtung eines Humboldt-Forums sollte vor dem Abriss des Palastes der Republik so schnell wie möglich eine tragfähige Lösung mit gesicherter Finanzierung gefunden werden.

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. Ditmar Staffelt, Petra Merkel (Berlin), Klaus Uwe Benneter und Mechthild Rawert (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Anträge:

- Abriss des Palastes der Republik stoppen
- Abrissmoratorium für den Palast der Republik

(Tagesordnungspunkt 15)

Ich stimme der Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/366 zu. Der Deutsche Bundestag hat sich in den vergangenen Jahren umfassend mit der Thematik befasst und mit breiter Mehrheit beschlossen, dass die Kubatur des Berliner Stadtschlusses wiedererrichtet und als Humboldt-Forum genutzt werden soll.

Ich unterstütze dieses Anliegen, verbunden mit der Erwartung, dass der Deutsche Bundestag zeitnah die planerischen und finanziellen Voraussetzungen unter Einbeziehung privater Investoren schafft, damit das Stadtschloss in der beschlossenen Konzeption zu vertretbaren Kosten realisiert und sodann mit der Nutzung als Humboldt-Forum unverzüglich begonnen werden kann.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Katrin Göring-Eckardt und Anja Hajduk (beide BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über die Anträge:

- Abriss des Palastes der Republik stoppen
- Abrissmoratorium für den Palast der Republik

(Tagesordnungspunkt 15)

Ich enthalte mich der heutigen Abstimmung über den Antrag meiner Fraktion, weil ich für den baldigen Abriss des Palastes der Republik bin. Die grundsätzliche Entscheidung des Deutschen Bundestages für einen Abriss soll meines Erachtens nicht infrage gestellt werden. Ein Moratorium, das die weitere Nutzung des Palastes der Republik ermöglicht, sollte den geplanten Abriss nicht endlos hinauszögern. Experimentelle Kulturprojekte - die selbstverständlich ihre Berechtigung haben - sind aus der Berliner Kulturszene nicht wegzudenken. Alternativ zum maroden, vor sich hin siechenden Palast haben wir aber gerade in Berlin genügend freie Räume, in denen solche Projekte stattfinden können und auch sollen.

Ich wünsche mir an dieser zentralen Stelle in der Mitte Berlins ein modernes Gebäude - und keine morbide DDR-Kultstätte. Aber auch die nostalgische Rekonstruktion des Stadtschlusses lehne ich ab, weil sie weder Ort noch Zeit angemessen ist. Gerade wegen seiner Attraktivität für internationale Berlin-Besucher sollte hier das moderne Selbstverständnis der "Berliner Republik" sichtbar werden. In Berlin fehlt es nicht an historischen Gebäuden. Vor allem aber sind die wenigen anspruchsvollen zeitgenössischen architektonischen Entwürfe zu erfolgreichen Anziehungspunkten geworden, zum Beispiel die Reichstagskuppel und das Jüdische Museum. Es geht hier um ein Deutschland, das sich nicht nach der Vergangenheit zurücksehnt, sondern seinen

Platz in der Gegenwart gefunden hat und selbstbewusst in die Zukunft schaut. Das rekonstruierte alte Schloss würde diese Realität nicht zum Ausdruck bringen und wäre deshalb ein falsches Signal - ebenso wie eine Palast-Hülle, die auch mehr Reminiszenz an die Vergangenheit demonstrieren würde anstatt die Entstehung von etwas Neuem.

Die Nutzung einer zukunftsweisenden Architektur in Berlins Mitte darf allerdings nicht allein privaten Investoren überlassen werden, sondern sollte in wesentlichen Teilen für eine öffentliche kulturelle Nutzung zur Verfügung stehen. Dafür gilt es schnell tragfähige Konzepte zu entwickeln.

Anlage 5

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Rainer Fornahl (SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Anträge:

- Abriss des Palastes der Republik stoppen
- Abrissmoratorium für den Palast der Republik

(Tagesordnungspunkt 15)

Der Palast muss abgerissen werden!

Denn er war Teil des Systems: Brot und Spiele als unglaubliches Gegenstück zu Totalitarismus, Unterdrückung und Indoktrination über 40 Jahre - auch meines Lebens in der DDR. Das einzig Erhaltenswerte ist die Phase der Arbeit der Volkskammer vom 17. März 1990 bis zur Wiedervereinigung. Dies muss ideell und materiell organisiert werden. Dazu bedarf es aber der Erhaltung des architektonischen und städtebaulichen Fremdkörpers an dieser Stelle Berlins nicht. Ich lehne die heutigen Anträge der Opposition "Abriss des Palastes der Republik stoppen" gern ab.

Anlage 6

Erklärung nach § 31 GO

des Abgeordneten Gunter Weißgerber (SPD) zur namentlichen Abstimmung über die Anträge:

- Abriss des Palastes der Republik stoppen
- Abrissmoratorium für den Palast der Republik

(Tagesordnungspunkt 15)

Ich stehe zu meiner Biografie - der Palast muss abgerissen werden.

Der Palast der Republik - er gefiel mir nie, weder architektonisch noch ideell. Betreten hatte ich ihn bis 1989 lediglich einmal, bin damals aber sofort wieder hinausgegangen. Unter den vielen Besuchern war eine erhebliche Anzahl von MfS-Informanten zu vermuten gewesen. Das Klima bereitete mir Unbehagen. Auch gehörte dieser Bau mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu den öffentlichen Gebäuden mit dem höchsten Besatz an Mit- und Abhöreinrichtungen pro Quadratmeter im Arbeiter- und Bauernstaat.

Besser kennen gelernt hatte ich das Gebäude nach der ersten freien Volkskammerwahl im März 1990 in der DDR, genauer: den Volkskammerteil im Gebäude. Dort beschlossen wir mehrheitlich den Beitritt zur Bundesrepublik. Das macht nur diesen Gebäudeabschnitt für mich historisch wertvoll und erhaltenswert. Deshalb muss das Andenken an die erste und einzige frei gewählte Volkskammer der DDR an dieser Stelle und in einem möglichen Neubau gewürdigt werden. Ich lehne die heutigen Anträge der Opposition "Abriss des Palastes der Republik stoppen" gern ab.